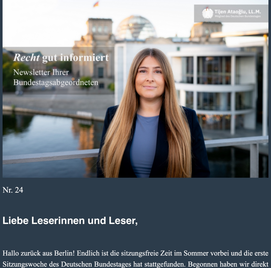


Nr. 24

Liebe Leserinnen und Leser,

Hallo zurück aus Berlin! Endlich ist die sitzungsfreie Zeit im Sommer vorbei und die erste Sitzungswoche des Deutschen Bundestages hat stattgefunden. Begonnen haben wir direkt mit einer sogenannten „Haushaltswoche", in der der Bundesfinanzminister Lars Klingbeil den Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2027 eingebracht hat. Mehr als 555 Milliarden Euro werden für das Jahr 2027 zur Verfügung stehen, um unser Land hoffentlich wieder auf Kurs zu bringen.

Lassen Sie mich aber in aller Ehrlichkeit sagen, dass es keine „normale" Sitzungswoche für meine Kollegen und mich war. Die desaströse Landtagswahl in Sachsen-Anhalt beschäftigt uns als CDU - zurecht - sehr. Wenn sich das Ergebnis der CDU halbiert im Vergleich zur letzten Landtagswahl und eine in diesem Bundesland als gesichert rechtsextremistische Partei mehr als 43 Prozent aller Stimmen erhält, dann ist das eine Zäsur. Insbesondere dann, wenn viele Wähler nach eigener Aussage ihre Wahlentscheidung aufgrund unserer Bundespolitik so getroffen haben. Wenn Sie regelmäßig diesen Newsletter lesen, wissen Sie sehr wohl, was wir bereits in Berlin bewegen konnten. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass dies bei weitem nicht ausreicht, um die verschiedensten Herausforderungen des Landes in den Griff zu bekommen. Es braucht mehr Mut, Entschlossenheit, Klarheit und Tempo, um das Vertrauen der enttäuschten Bürger zurückzugewinnen.
Jetzt heißt es mehr denn je: Anpacken! Ich jedenfalls bin weiter bereit, mein Bestes für unser Land zu geben.

Nun wünsche ich Ihnen aber erst einmal eine angenehme Lektüre.

Ihre Tijen Ataoğlu

P.S.: Wie ich den Sommer in Hagen und dem Ennepe-Ruhr-Kreis verbracht habe, erfahren Sie in einer Sommer-Sonderausgabe des Newsletter, den Sie in dieser Woche erhalten werden. Seien Sie gespannt.

Foto: Bundestagsfotograf / Jens Oliver

Klausurtagung der Landesgruppe Nordrhein-Westfalen

Mit der Haushaltswoche haben wir als Deutscher Bundestag die zweite politische Jahreshälfte eingeläutet. Als Landesgruppe Nordrhein-Westfalen, also den CDU-Abgeordneten aus unserem Bundesland, haben wir vor dem offiziellen Wiederbeginn der Sitzungszeit unsere Arbeit aufgenommen und sind zu einer Klausurtagung in Berlin zusammengekommen.

Bei der Klausurtagung unserer Landesgruppe, der größten Gruppe innerhalb der CDU/CSU-Fraktion, haben wir uns mit den drängenden Fragen unserer Zeit mit ausgewiesenen Fachleuten beschäftigt. Die Chancen und Risiken von Künstlicher Intelligenz wurden dabei ebenso beleuchtet wie der Nah-Ost-Konflikt oder die Zukunft unseres Sozialstaates. Der offene Austausch von Standpunkten, den wir dabei pflegen, ist eine unerlässliche Stütze unserer politischen Arbeit und Grundpfeiler der Meinungsbildung der Fraktion.

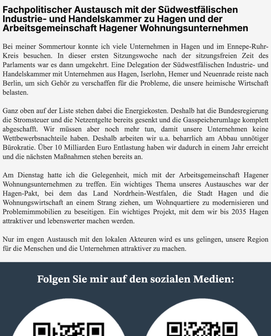
Die Klausurtagung bot auch Gelegenheit für ein Gespräch mit dem neuenen Fraktionsvorsitzenden Thorsten Frei. Aus dem Kanzleramt an die Spitze der Fraktion gewechselt werden wir mit ihm gemeinsam die großen Reformen umsetzen, die unser Land nötig hat. Als krönender Abschluss eines arbeitsreichen Tages trafen wir uns am Abend für ein Gespräch mit Bundeskanzler Friedrich Merz. Der Kanzler stellte sich unseren Fragen und gemeinsam diskutierten wir die nächsten Monate der Regierungsarbeit.

Impulse für mehr Wachstum - Der Haushalt für Jahr 2027

Seit Dienstag ging es im Plenum nur um eines: den Haushalt für Jahr 2027. Es ist bereits der dritte Haushalt dieser Koalition und angesichts der schwierigen wirtschaftlichen und internationalen Lage wohl auch der bisher herausforderndste. Bundeskanzler Friedrich Merz hat in der Generaldebatte deutlich gemacht, worum es geht: „Wir werden die Zukunft unseres Landes in die Hand nehmen." Mit den Haushalt stellen wir die Weichen dafür, wie wir Deutschland nach sieben Jahren wirtschaftlicher Stagnation wieder nach vorne bringen.

Stärkung der Sicherheit und Belebung der Wirtschaft - das sind unsere Schwerpunkte. Wir wollen Deutschland als Wirtschaftsstandort wieder attraktiver machen. Denn nur mit einer leistungsfähigen Wirtschaft können wir unseren Wohlstand auch in Zukunft sichern. Rund 118 Milliarden Euro sollen investiert werden, um unser Land zu modernisieren, Beschäftigung zu sichern und unsere Innovationskraft zu stärken. Wir setzen damit jetzt gezielt dort an, wo Deutschland Fortschritte machen muss.

Die ersten Ergebnisse unserer bisherigen Anstrengungen sind auch schon sichtbar: Es wird wieder mehr gegründet und in Teilen der Wirtschaft kommen mehr Aufträge herein. Jetzt gilt es, diese Entwicklung zu verstärken. Daher müssen wir Reformen vorantreiben und gezielt investieren. Wir haben noch viel Arbeit vor uns, gehen den eingeschlagenen Weg aber konsequent weiter.



1,2 Milliarden Euro für eine starke Justiz – Meine Rede zum Haushalt 2027

Wenn es auch nur ein kleiner Teil des Gesamthaushaltes ist, so ist der Etat des Justizministeriums für mich als Rechtspolitikerin der Wichtigste. Besonders gefreut habe ich mich daher, dass ich für meine Fraktion zum Haushalt der Justiz sprechen durfte.

Mit dem „Pakt für den Rechtsstaat", der aus drei Säulen besteht, gehen wir einen entscheidenden Schritt in Richtung einer leistungsfähigeren und effizienteren Justiz. Mit Mitteln des Bundes in Höhe von 240 Millionen Euro unterstützen wir die Länder bei der Schaffung von 2.000 neuen Stellen in der Justiz, insbesondere für Richter und Staatsanwälte (1. Säule). Ebenso unterstützen wir die weitere Digitalisierung der Justiz mit von 210 Millionen Euro (2. Säule). Denn nur eine digitale Justiz ist eine schnelle Justiz. Um Verfahrensabläufe in der Justiz zu beschleunigen, reformieren wir jetzt nacheinander die Prozessordnungen der Verwaltungs-, Zivil und Strafgerichte (3. Säule). Damit geben wir den Gerichten und Staatsanwaltschaften moderne Befugnisse an die Hand, um Verfahren effizienter zu führen.

Meine Rede in voller Länge, in der auch die Hohenlimburger Schlosssteele vorkommen, finden Sie hier: dbtg.tv/cvid/7656685

Fachpolitischer Austausch mit der Südwestfälischen Industrie- und Handelskammer zu Hagen und der Arbeitsgemeinschaft Hagener Wohnungsunternehmen

Bei meiner Sommertour konnte ich viele Unternehmen in Hagen und im Ennepe-Ruhr-Kreis besuchen. In dieser ersten Sitzungswoche nach der sitzungsfreien Zeit des Parlaments war es dann umgekehrt. Eine Delegation der Südwestfälischen Industrie- und Handelskammer mit Unternehmen aus Hagen, Iserlohn, Hemer und Neuenrade reiste nach Berlin, um sich Gehör zu verschaffen für die Probleme, die unsere heimische Wirtschaft belasten.

Ganz oben auf der Liste stehen dabei die Energiekosten. Deshalb hat die Bundesregierung die Stromsteuer und die Netzentgelte bereits gesenkt und die Gaspeicherumlage komplett abgeschafft. Wir müssen aber noch mehr tun, damit unsere Unternehmen keine Wettbewerbsnachteile haben. Deshalb arbeiten wir u.a. beharrlich am Abbau unnötiger Bürokratie. Über 10 Milliarden Euro Entlastung haben wir dadurch in einem Jahr erreicht und die nächsten Maßnahmen stehen bereits an.

Am Dienstag hatte ich die Gelegenheit, mich mit der Arbeitsgemeinschaft Hagener Wohnungsunternehmen zu treffen. Ein wichtiges Thema unseres Austausches war der Hagen-Pakt, bei dem das Land Nordrhein-Westfalen, die Stadt Hagen und die Wohnungswirtschaft an einem Strang ziehen, um Wohnquartiere zu modernisieren und Problemimmobilien zu beseitigen. Ein wichtiges Projekt, mit dem wir bis 2035 Hagen attraktiver und lebenswerter machen werden.

Nur im engen Austausch mit den lokalen Akteuren wird es uns gelingen, unsere Region für die Menschen und die Unternehmen attraktiver zu machen.

Folgen Sie mir auf den sozialen Medien:

Instagram

Facebook

Meine Homepage

Impressum:
Nr. 24 | 14. September 2026
Herausgeber:
Bundestagsabgeordnete Tijen Ataoğlu, LL.M., MdB
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030 227-71455 | Fax: 030 227-76455
E-Mail: tijen.ataoglu@bundestag.de
V.i.S.d.P.: Tijen Ataoğlu, LL.M., MdB

Web-Ansicht | Web-view | Web görünümü

Abmeldung | Unsubscribe | Abonelikten çıkma bağlantısı